

«Lobbyieren kann auch positiv sein»

Gastreferent Albert Vitali hatte an der Delegiertenversammlung von WOHNEN SCHWEIZ ein Heimspiel. Denn der FDP-Nationalrat wohnt in der Gemeinde Oberkirch, auf deren Boden der Campus Sursee steht. Vitali sagte, weshalb er in Bundesbern mit gutem Gewissen für die Anliegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus lobbyiert.

«Das Stichwort Lobbying ist momentan nicht gerade ideal, um sich zu profilieren», sagte der Luzerner Nationalrat Albert Vitali mit einem Augenzwinkern. Doch Lobbying könne durchaus positiv sein, solange die Interessen klar ausgewiesen werden und transparent informiert werde.

Aufklären, erklären

Als Bundesparlamentarier schätze er die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Verbandes. Und als eines von neun Mitgliedern des Politischen Beirats von WOHNEN SCHWEIZ betreibt Vitali auch selbst Lobbyarbeit. Und das mit gutem Gewissen. «Wir vertreten mit dem gemeinnützigen, bürgerlich geprägten Wohnungsbau eine gute Sache.» Es gelte, den Verband WOHNEN SCHWEIZ als wichtige bürgerliche Kraft wohnpolitisch zu positionieren. Den Bundesparlamentariern sei der Unterschied zwischen staatlich subventioniertem und genossenschaftlichem, gemeinnützigem Wohnungsbau zu wenig bekannt. «Hier gilt es, Aufklärung zu betreiben.» Der Politische Beirat stehe ein für bürgerliche Werte wie Eigenverantwortung, eine schlanke Verwaltung und den haushalterischen Umgang mit den Finanzen. «Und trotzdem, oder gerade deswegen, wollen wir den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern.»

Erfolge sind sichtbar

Als positives Beispiel einer guten Zusammenarbeit erwähnte er die Erhöhung des Rahmenkredits für Bürgschaften in der Wohnraumförderung um weitere 1,9 Milliarden Franken. Diese wurde im Parlament kürzlich deutlich angenommen. Doch es bleibt noch viel zu tun. Unter anderem hat sich der Politische Beirat mit dem Modell des flexiblen Eigentums beschäftigt, welches insbesondere dem Mittelstand den Zugang zu Wohneigen-

tum erleichtern will. Auch die zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes war ein Thema. Der Politische Beirat ist jedoch der Meinung, mit diesen Forderungen zuzuwarten, bis die erste Etappe weiter fortgeschritten ist.

Vitali hielt in seinem Referat deutlich fest: «Wir Politikerinnen und Politiker können nur für gute Rahmenbedingungen sorgen. Sie sind die Macherinnen und Macher und setzen den gemeinnützigen Wohnungsbau an der Basis um.»

Astrid Bossert Meier



Als Mitglied des Politischen Beirats will Nationalrat Albert Vitali den Verband WOHNEN SCHWEIZ als wichtige bürgerliche Kraft in der Wohnpolitik positionieren.



Yvonne Schärli-Gehrig und Rudolf Baranzelli.

Bild bi.

Letzter offizieller Auftritt von Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gehrig

Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gehrig zeigte sich in ihrem Grusswort erfreut darüber, dass die Forderung nach zahlbarem Wohnraum auch aus bürgerlichen Kreisen vermehrt zu hören sei. Leider folgten in der Politik den Worten nicht immer Taten. Das sei bei den Genossenschaften anders. «Sie haben den Tatbeweis bereits erbracht. Sie haben sich auf dem Markt als Anbieter von Wohnraum bestätigt und damit gezeigt, dass der Grundgedanke der Genossenschaft in der heutigen Zeit gelebt werden kann.» Für dieses Engagement bedankte sie sich.

Auch Nationalrat Louis Schelbert, Präsident des zweiten Dachverbands «Wohnbaugenossenschaften Schweiz», richtete ein Grusswort an die WOHNEN-SCHWEIZ-Delegierten. Die beiden Verbände arbeiteten sehr gut zusammen. Und das sei nötig. «Dem genossenschaftlichen Wohnungsbau wird nichts geschenkt», sagte Schelbert. «Umso wichtiger sei es deshalb, dass unsere beiden Verbände am gleichen Strick ziehen», bekräftigte Louis Schelbert.

BOA